

Politischer Jahresbericht

## Brasilien 2009



**Rio de Janeiro**

**Landesbüro Brasilien, 2009**

Von Dr. Thomas Fatheuer

März 2010

## **Inhalt**

**Brasilien**

**3**

## Brasilien

Auch Brasilien hatte 2009 mit den Konsequenzen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen. Zwar erwiesen sich die Vorhersagen der Regierung, die Brasilien praktisch nicht von der Krise betroffen sahen, als zu optimistisch, aber tatsächlich waren die Auswirkungen geringer als in vielen anderen Ländern. Das BIP ist 2009 zwar um 0,2% gesunken, ein deutlicher Erholungsprozess begann aber bereits im letzten Quartal 2009. Für 2010 wird bereits wieder ein Wirtschaftswachstum von mehr als 5% erwartet. Die gute *performance* der brasilianischen Wirtschaft hat verschiedene Gründe: Zum einen waren weitverbreitete Elemente der Krise (Immobilienblase, riskante Engagements der Banken) in Brasilien nicht relevant, zum anderen regierte die Regierung (trotz ihrer Leugnungrhetorik) schnell und geschickt. Sie traf Maßnahmen zur Erhöhung der Liquidität (Zinssenkung, Erleichterung des Zugangs zu Krediten), stützte die Massennachfrage (Erhöhung des Mindestlohnes, Reduzierung der Steuern auf weiße Ware) und förderte – wie wohl weltweit beliebt – die Autoindustrie. Eine große Stütze waren dabei staatliche Banken (zwei der vier größten Banken des Landes sind staatlich), sowie die staatliche Entwicklungsbank BNDES und der Erdölgigant Petrobras, ebenfalls vom Staat dirigiert. Dieser starke staatliche Pfeiler der brasilianischen Wirtschaft garantiert die Fortführung des bereits vor der Krise aufgelegten Programms zur Beschleunigung des Wachstums. Das gute Abschneiden Brasiliens in der Krise stärkt die Lula-Regierung und verstärkte deren anti-neoliberale und staatsorientierte Rhetorik.

Krisenzeiten sind keine gute Zeit für Umweltpolitik. Wachstumspolitik und –rhetorik rücken in den Vordergrund. Diese macht es leicht, Umweltpolitik in die Ecke der „Wachstumshemmnisse“ zu rücken. Daher ist es nicht zufällig, dass im Jahre 2009 zwei Grundsatzentscheidungen gefällt wurden: der Bau weiterer Atomkraftwerke im Nordosten ist beschlossen und die Standortsuche hat begonnen. Und in Amazonien wird der Bau des drittgrößten Staudamms der Welt (Belo Monte) trotz Umweltbedenken durchgezogen. Das Umweltministerium will solche Entscheidungen nicht mehr verhindern, sondern nur noch die Bedingungen verhandeln. Die konditionierende Umweltpolitik ist zum Programm des Ministers Carlos Minc geworden. Die von Umweltgruppen, sozialen Bewegungen und Kirchen vorgebrachte Kritik an dieser Politik der Großprojekte hat sich bisher nicht als ausreichend erwiesen, diese Entscheidungen zu verhindern.

Mit dieser kritischen Bilanz in der Umweltpolitik kontrastiert scheinbar das allgemein gelobte Auftreten Brasiliens und insbesondere Präsident Lulas auf dem Klimagipfel in Kopenhagen (COP 15). Tatsächlich hat Brasilien in den letzten Jahren einen allmählichen Kurswechsel in der Klimapolitik vollzogen. Nachdem das Land jahrlang energisch gegen verbindliche Reduktionsziele für nicht An-

nex-1-Länder gekämpft hatte, legte es kurz vor Kopenhagen eine nationale Klimapolitik vor, die genau solche Ziele verkündet. Dieser überraschende Schwenk ist aber nur allzu verständlich. Der größte Teil der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird durch die Reduzierung von Entwaldung erreicht – und hier verspricht sich Brasilien nun massive Finanzierung durch neue internationale Mechanismen (REDD). Bei anderen Punkten der Klimapolitik präsentiert Brasilien bereits eingeschlagene Entwicklungspfade (Agrotreibstoffe und Wasserkraft) nun als Klimamaßnahmen. Tatsächlich hat Brasilien durch seinen hohen Anteil an Energie aus Wasserkraft und Biomasse im weltweiten Vergleich sehr geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen – wenn man denn das Entwaldungsproblem in den Griff bekommt. Die brasilianische Umweltbewegung ist nun mit der problematischen Tatsache konfrontiert, dass umstrittene Entscheidungen für Großprojekte (s.o.) auch mit deren Klimafreundlichkeit gerechtfertigt werden.

Ende Dezember verabschiedete die Regierung Lula den 3. Nationalen Plan für Menschenrechte. Das Dokument wurde von Menschenrechtsgruppen, die an der Erarbeitung beteiligt waren, positiv aufgenommen, insbesondere weil der Plan Menschenrechte konsequent als Querschnittsaufgabe der Regierung definiert. Konservative Kreise (darunter Verteidigungsminister Nelson Jobim) kritisierten den Plan heftigst, insbesondere weil er an dem nationalen Tabu der begrabenen Vergangenheit (Amnestie als Schlussstrichgesetz) rührt und die Einrichtung einer Wahrheitskommission fordert. Zumindest ist es so gelungen, eine neue Diskussion anzustoßen. Abzuwarten bleibt allerdings, ob der Plan nur ein weiteres Schubladendokument wird.

Das Wahljahr 2010 warf einen langen Schatten auf 2009. Präsident Lula, der nicht wiedergewählt werden kann, bestimmte persönlich die Kandidatin für seine Nachfolge: die Regierungskordinatorin Dilma Rousseff. Dies ist ein weitreichendes Faktum für die politische Kultur Brasiliens. Rousseff war nicht der Favorit der Regierungspartei (PT), die sich aber ohne allzu große Widerstände dem Willen Lulas beugte. Dies firmierte die zentrale Stelle Lulas, der „lulismo“ ist zurzeit stärker als die Parteistruktur. Die überragende Bedeutung Lulas basiert auf einer historisch einmalig hohen Zustimmung zu seiner Regierung (bei 80%). Brasilien hat Jahre von Stabilität und Wirtschaftswachstum hinter sich, die die Regierung für eine aktive Sozialpolitik genutzt hat. Der Opposition fällt es in dieser Situation schwer, ein Thema zu finden, sie kann im Grunde nur versprechen, dasselbe besser zu machen. Der voraussichtliche Kandidat der größten Oppositionsparteien, der Gouverneur von Sao Paulo, José Serra, verkörpert keine politische Alternative und krankt unter demselben Manko wie Dilma Rousseff: Beide Kandidaten haben - im krassen Gegensatz zu Lula - kein Charisma.

Als sich das Land schon auf eine fade Konfrontation einstellte, überraschte die ehemalige Umweltministerin Marina Silva durch ihren Austritt aus der PT und den Eintritt in die schwache Grüne Partei Brasiliens. Marina Silva ist durchaus populär und verkörpert sowohl das Ernstnehmen von ökologischen Themen als auch die Ethik in der Politik. Sie ist eine der wenigen Politiker\_innen, die nicht von Korruptionsskandalen berührt ist. Mit Marina kommt ein neues Element in den Wahlkampf (und die Politik?), sowie die Hoffnung, dass es nun Debatten um Alternativen geben kann. Denn anders als soziale Probleme, die fast alle bei der Regierung in guter Hand sehen, spalten ökologische Fragen die Gesellschaft und führen zu wirklichen Debatten, die die demokratische Kultur fördern.